



GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 27. 30. Jahrg.

6. Juli 1917.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion:

Adolf Dornick, Berlin N 24, Elsenstr. 86-88^{III}. Redaktionsschluss: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. :: Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. :: Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr. Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Peitzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Mietsteigerung. Rundschau. Die Zaubermeister des Kriegsgewinns. Das Elend mit dem Obst. Ein sittlicher Mangel. — **Allgemeines:** Wer gehört an die Offsetmaschine? — Adressenänderungen. — Jahreskassenbericht für 1916.

Bekanntmachungen.

Die Mitgliedschaftsvorstände erhielten zum Quartalsbeginn unser Rundschreiben Nr. 47 und anderes Material. Sollte diese Sendung nicht eingetroffen sein, bitten wir um Mitteilung.
Der Hauptvorstand.

Mietsteigerungen.

Zu all' den Schwierigkeiten, die der Krieg der großen Masse der Bevölkerung gebracht hat, tritt plötzlich, fast unvermittelt noch die Sorge um die Wohnung hinzu. Seit Jahren ist von der gesamten Arbeiterpresse auf die Gefahr einer Wohnungsknappheit nach dem Kriege hingewiesen worden. Zum Schutze der in's Feld Gezogenen und ihrer Familien kamen auch einige Erlasse heraus; Mietzuschüsse wurden durch die Gemeinden gewährt, Mieteinigungsämter zwangen die Hausbesitzer Mietnachlässe zu gewähren und hinderten sie, die Familien obdachlos zu machen. So kam es, daß in den fast drei Kriegsjahren das Wohnungsproblem weniger drückend als andere Sorgen in die Erscheinung trat. Darum blieben die Gefahren nicht minder drohend. Wir haben erst in der letzten Nummer der »Graph. Presse« einen schon vor einiger Zeit eingegangenen Artikel: »Fördert den Kleinwohnungsbau!« gebracht, der in gründlicher Weise dieses ernste Problem erläutert. Er klingt dann in folgendem Mahnruf aus: »Eine Mietpreissteigerung wäre aber angesichts der ohnedies stark verschlechterten Lebenshaltung der breitesten Volksmassen nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die kleineren und mittleren Beamten und den ganzen auf Lohneinkommen angewiesenen Mittelstand einfach unerträglich. Es ist klar, daß ein solcher Zustand nach dem Kriege nicht wünschenswert ist; denn da gibt es genug zu tun, um unser Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen.«

Schneller, als wir es uns träumen ließen, ist diese Befürchtung zur Wahrheit geworden. Die Berliner Hausbesitzer hielten ihre Zeit für gekommen und haben einen Vorstoß gemacht, der in der gesamten Bevölkerung eine ungeheure Erbitterung ausgelöst hat. Sie beschlossen eine allgemeine Mietsteigerung von mindestens 10 Proz. vorzunehmen und führten diesen Beschluß auch unverzüglich aus: Denken wir dabei an die unüberwindlichen Transportschwierigkeiten, die nicht einmal eine leidlich regelmäßige Straßenreinigung zulassen, die jede geregelte Lebensmittel- und Kohlenzufuhr verhindern, so kommt das Vorgehen der Hauswirte geradezu einer Erpressung gleich. Sie sind sich auch voll bewußt und haben es offen ausgesprochen, daß für die allermeisten Mieter ein Umzug einfach unmöglich geworden ist. Einmal kommt solch ein Umzug wohl in allen Fällen teurer als die Mieterhöhung selbst, ohne daß eine

Aussicht dafür besteht, daß die neue Wohnung billiger oder auch nur besser wäre. Ein Entrinnen vor der Steigerung ist hier ausgeschlossen. Es kommt aber noch hinzu, daß kein Fuhrunternehmer die Gewähr für die sichere Ausführung des Möbeltransports übernehmen kann, infolge des immer fühlbarer werdenden Mangels an Pferden und Wagen. Der Jammer am nächsten Umzugstermin, am 1. Oktober d. Js., wird groß sein, wenn viele Familien mit ihren mehr oder minder kostbaren Wirtschaftssachen die Straßen besetzen. Hier wächst der private Wohnungshandel sich geradezu zu einem gefährlichen Krebschaden aus. Der Wohnungsmarkt ist kein Markt auf dem sich Verkäufer und Käufer oder besser Vermieter und Mieter als gleichberechtigte Kontrahenten gegenüber stehen. Mehr noch als sonst ist jetzt der Mieter der Sklave der Hauswirte und wenn wir die Lage der Familien der Heeresangehörigen in Betracht ziehen, dann wird die Ausnutzung der wirtschaftlichen Übermacht durch Hausbesitzer direkt zum Verbrechen.

Der Hauswirt darf sich keinen Vergleich mit irgend einem andern Stand gestatten. Sein Einkommen gründet sich nicht auf produktive Tätigkeit, ist lediglich Rente, die ohne eigene Arbeit beansprucht wird.

Was sich hier in Berlin vollzieht, wird bald in anderen Städten ähnliche Versuche hervorrufen. Insofern ist die gesamte Bevölkerung daran aufs lebhafteste interessiert. Die Berliner Gewerkschaftskommission beschloß sich kürzlich damit und beschloß gemeinsam mit den anderen Gewerkschafts- und Angestelltenorganisationen beim Generalkommando und beim Bundesrat persönlich vorstellig zu werden, um Verordnungen gegen diese Mietsteigerungen zu erzielen. Bisher ist ein Erfolg nicht bekanntgeworden. Wohl aber hat der Steglitzer Mieterverein auf seine Eingabe eine Antwort vom Oberkommando in den Marken erhalten, aus der hervorzugehen scheint wie wenig Hoffnung wir auf solche Verhandlungen zu setzen haben:

»Die Frage des Erlasses besonderer Bestimmungen zum Schutze der Mieter gegen unberechtigte Ausnutzung ihrer Notlage ist vom Oberkommando zum Gegenstande eingehender Beratungen mit den in Betracht kommenden amtlichen Stellen gemacht worden, bei denen sowohl die Lage der Hausbesitzer wie auch diejenige der Mieter nach jeder Richtung hin gewürdigt worden ist. Es hat sich ergeben, daß eine befriedigende Regelung der Angelegenheit für das Wirtschaftsgebiet Groß-Berlin auf Grund der Zuständigkeit der militärischen Befehlshaber nicht möglich ist. Die Frage, ob dem Bundesrate der Erlaß entsprechender Bestimmungen vorzuschlagen ist, unterliegt noch der Prüfung der zuständigen Zivilbehörden. Die Eingabe ist daher dem Reichsamt des Inneren vorgelegt worden.«

Inzwischen hat auch die Berliner Stadtverordnetenversammlung sich mit diesen Beschwerden beschäftigt. Arbeitersekretär Brückner kritisierte dort in überaus scharfer

Weise das Vorgehen der Hausbesitzervereine, die eine Art Revolvertaktik zu befolgen scheinen. Selbstverständlich fand er in diesem Privilegienparlament der Hausbesitzer wenig Verständnis.

Noch hoffen wir auf eine Verhinderung dieses neuen Kriegswuchers durch die Reichsbehörden. Doch lenkt die allgemeine Mietsteigerung, die wohl bald in ganz Deutschland im Gange sein dürfte, die Aufmerksamkeit darauf, daß diese Form des Kriegswuchers bereits in einer großen Anzahl von kriegführenden und neutralen Staaten zu Gegenmaßregeln geführt hat. Am weitesten darin ist bekanntlich Frankreich gegangen, das von Kriegsbeginn an eine allgemeine Stundung der Mietzahlungen an Einberufenen gestattet hat. Die österreichischen Schutzmaßregeln zu Gunsten der Mieter bestehen ebenfalls seit langer Zeit und sind bekannt. Jetzt hat die Schweiz durch Bundesratsbeschuß Vorkehrungen gegen Mietwucher getroffen, die ohne Weiteres auf Deutschland übernommen werden könnten. Die Kantonsregierungen werden dadurch ermächtigt bei ordnungsgemäß vorgenommener Mietpreissteigerung durch den Hausbesitzer auf Ersuchen des Mieters einzuschreiten und die Kündigung oder Mietzinsserhöhung für ungültig zu erklären, wenn sie nach den Umständen des Falles ungerechtfertigt erscheint. Ist die Mietensteigerung begründet, die Lage des davon Betroffenen aber so ungünstig, daß er dadurch schwer getroffen wird, so sollen ihm die Gemeinde und der Kanton Mietzuschüsse gewähren. Auch gegen ungerechtfertigte Kündigung ohne Mietpreissteigerung steht den Kantonen und Gemeinden ein Einspruchsrecht zu.

Durch die Verordnung, die sofort in Kraft tritt, bleiben die übrigen Bestimmungen der Mietverträge unberührt. Auch wird in der Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte für privatrechtliche Streitigkeiten aus dem Mietvertrag nichts geändert, nur für die besonderen Fragen der Kündigung und Preissteigerung haben die Orts- und Kantonsbehörden Vorkehrungen zu treffen, welche ungefähr der Einführung von Mieter-Schiedsgerichten gleichkommen. Solche Verfügungen sind in einigen örtlichen Bezirken Deutschlands durch militärische Behörden bereits erlassen. So wird neuerdings berichtet, daß der Kommandant der Festung Danzig Erhöhungen des Mietzinses für Wohnungen aller Art und Geschäftsräume der Kleinkaufleute und Handwerker während des Krieges nur nach Genehmigung der Kommandantur für zulässig erklärt. Unter Mietzins im Sinne dieser Verordnung sind alle Zahlungen des Mieters an den Vermieter zu verstehen (z. B. Wasserzins, Kosten für Treppenbeleuchtung, Reparaturkosten usw.). Diese Bestimmung gilt auch für den Abschluß von Verträgen mit neuen Mietern. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafen geahndet.

Was hier und in anderen Orten möglich war, muß auch für das Reich durchführbar sein. Es ist hohe Zeit, daß auch der deutsche Bundesrat ähnliche Kriegsverordnungen erläßt.

Sollte das nicht geschehen, so werden unsere Vertreter im Reichstag in der bevorstehenden Sommertagung entsprechende Anregungen geben und den nötigen Druck dahinter setzen müssen.

Rundschau.

Über Tarifverträge urteilen auch Unternehmer anders als wir es leider aus neue vom Schutzverbandorgan »Deutsches Steindruckgewerbe« in der vorigen Nr. der »Graphischen Presse« feststellen mußten. In der »Zeitschrift für Deutschlands Buchbinder«, Bundesorgan der Buchbinderinnungen, befragt ein Herr Wesemann im Anschluß an einen Stoßseufzer eines Gewerberichters im Gewerbe- und Kaufmannsgericht, daß die Gewerbeberichte immer mehr durch die wachsende Konkurrenz der Tarifinstanzen in ihrer Bedeutung herabgedrückt würden, die Gewerbeberichte möchten sich »mehr als bisher angelegen sein lassen, den fachlichen Fragen, den tariflichen Vereinbarungen und Gebrauchen und den Absichten der gewerblichen Organisationen, die für die einzelnen Streitfragen in Betracht kommen, mehr Nachachtung zu schenken. Nicht mit juristischen Doktrinen, sondern von praktisch-sachverständigen Gesichtspunkten aus wollen Handwerk und Gewerbe ihre Streitfragen entscheiden wissen.« — Auf wessen Seite mehr Verständnis für das, was dem Gewerbe nützt, vorhanden ist, mögen alle sachlich Urteilenden selbst entscheiden.

Eine Ausstellung der Bildpostkarte ist in Erfurt eröffnet worden. Zweck des von der Dürerbund-Gemeinde veranstalteten Unternehmens ist, gegen den Postkartensund durch gute Beispiele geschmackläuternd zu wirken. In einer besonderen Gruppe wird die Entstehung des Bilddrucks, das Verfahren bei Hoch-, Flach- und Tiefdruck durch Nebeneinanderstellen der einzelnen Entwicklungsstadien gezeigt. Eine historische Abteilung gibt dem Besucher einen Überblick über die Entwicklungsgeschichte des Bildrucks.

Reichskohlenkarte? Die Einführung von Kohlenbezugskarten für das Reich plant nach einer Berliner Korrespondenz der Bundesrat für den kommenden Winter. Die Gemeinden werden mit der Verteilung der Kohlenkarten nach genau aufzustellenden Grundsätzen beauftragt. In erster Linie werden die großen Städte berücksichtigt, da das Land auf Holzfeuerung zurückgreifen kann. Die Gemeinden werden im Laufe des Sommers in diesem Sinne Erhebungen anstellen, nach denen die zu liefernden Kohlenmengen festgelegt werden. Transport Schwierigkeiten soll rechtzeitig entgegen gewirkt werden. Die Kohlenkarten dürften am 1. Oktober in Kraft treten, es sind Maßnahmen gegen vorzeitige Kohlenhamsterei in Aussicht genommen. — In Aussicht genommen? Das ist recht. Bis dahin haben die reichen Hamster, die schon seit vielen Wochen am Werk sind, reichlich Gelegenheit, sich genügend einzudecken. Es ist immer dasselbe Lied. Dieses Zögern und Nachhinken der ganzen Lebensmittelverteilung wird man der Arbeiterschaft niemals als unvermeidlich begreiflich machen können.

Es geht vorwärts! Auch der Gemeindearbeiterverband darf in seinen monatlichen statistischen Mitgliederübersichten über ein allmähliches Ansteigen der Mitgliederzahlen seit Anfang dieses Jahres berichten. Vom Kriegsbeginn bis Januar 1917 fiel die Zahl ständig wenn auch in immer schwächeren Zahlen. Am 31. Mai d. Js. durfte aber bereits wieder über eine Mitgliederzunahme von 1946 Mitglieder berichtet werden.

Auch der Sattlerverband hat seinen Tiefpunkt überwunden. Er hat im ersten Vierteljahr 1917 um 1673 Mitglieder zugenommen und damit den Stand vom Vorjahre um 463 überschritten. Der Verband zählt gegenwärtig 7187 männliche und 2617 weibliche Mitglieder, 11459 Mitglieder sind im Heeresdienst.

Günstiger Jahresabschluß der Hirschdunderschen-Gewerkvereine. Die Gesamtzahl der Mitglieder der H.-D.-Gewerkvereine betrug im Jahre 1913 über 106.000. Die Mitgliederzahl sank im Jahre 1915 auf 61.000 und 1916 auf 57.766. Der Mitgliederverlust im Jahre 1916 ist geringer als die Zahl der Einberufungen. — Der Kassenabschluß für 1916 weist einen Überschuß von 80.000 Mark auf. Der Vermögensbestand beträgt über 4½ Millionen einschließlich der Kranken- und Begräbniskasse. — Die Anzahl der weiblichen Mitglieder bleibt nicht mehr allzu stark hinter dem Friedensstand zurück. Im Allgemeinen haben auch die H.-D.-Gewerkvereine die schwere Belastungsprobe des Krieges einigermaßen günstig überstanden.

Über die Gewährung von Teuerungszulagen für Dachdecker hat das Reichsamt des Innern auf Wunsch des Zentralverbandes der Dachdecker Verhandlungen mit beiden Organisationen der Dachdeckermeister eingeleitet.

Abgelehnt! Auf eine Eingabe der Gastwirtschaftsorganisationen an den Eisenbahnminister, er möge im Bereiche der Eisenbahnverwaltung die Zahlung fester, ausreichender Löhne an Gastwirtschaftlichen anordnen und die Trinkgelder ausschalten, hat der Minister der öffentlichen Arbeiten erwidert, daß er keine andere Entlohnung einführen könnte, als im Gastwirtschaftsgewerbe allgemein üblich sei und

namentlich die Kriegszeit für ungeeignet ansehe, eine grundlegende Form durchzuführen.

Arbeitervertreter zu den Viehzählungen. Es ist jetzt bekannt gemacht worden, daß die Viehzählungen, die im Juni und September vorgenommen werden, später durch Stallrevisionen nachgeprüft werden sollen. Es erscheint uns dabei angebracht, schon jetzt zu fordern, daß bei diesen Revisionen Arbeitervertreter aus den Industriezweigen zugezogen werden, um das Mißtrauen zu beseitigen, daß in diesen Kreisen mit Recht gegen die Angaben der Eigenschätzung besteht. Da die Ergebnisse der Viehzählung für entscheidende Maßregeln in der Ernährungs- und Futterwirtschaft des neuen Erntejahres gelten sollen, ist es wichtig, daß die Kontrollen und Stichproben möglichst sofort vorgenommen werden.

Ein riesiger Konsumverein-Steuerprozeß gewonnen. Einen Steuerprozeß um nicht weniger als 356.548,80 Mark hat der Konsum-, Bau- und Sparverein »Produktion« in Hamburg gewonnen. Im Jahre 1910 führte Hamburg eine Ausnahme-Steuer auf Konsumvereine ein. Die »Produktion« änderte darauf ihre Organisation in eine G. m. b. H. um, die sich verpflichtete, dem Konsumverein die Waren mit einem bestimmten festen Rabatt zu liefern. Trotzdem wurde diese G. m. b. H. 1911 mit ihrem Gewinn zur Konsum-Vereins-Sondersteuer herangezogen und ihre Klage auf Freistellung davon blieb in allen Instanzen vergeblich. Für die Jahre 1912 bis 1915 mußte die »Produktion« für die Gewinne der G. m. b. H. nicht weniger als 356.548,80 Mark Steuern zahlen. Im Vertrauen auf ihr gutes Recht klagte sie aber erneut auf Freistellung und ist jetzt mit ihrer Klage beim Landgericht, wie beim Oberlandesgericht durchgedrungen. Da der ganze Handelsbetrieb auf die G. m. b. H. übergegangen sei, könne die Genossenschaft »Produktion« nicht mehr als Konsumverein im Sinne des Hamburgischen Steuergesetzes angesehen werden. Der zu Unrecht erhobene ungeheure Steuerbetrag muß also zurückgezahlt werden. Das »Hamburger Echo« fügt der Mitteilung dieses Artikels die Bemerkung hinzu: »Durch dieses Urteil wird ebenso sehr dem Rechtsempfinden wie den wirtschaftlichen Bedürfnissen Rechnung getragen.«

Der Wert der Frauenarbeit, soweit sie als Ersatz für fehlende gelernte Männerarbeit herangezogen wird, erfährt eine recht pessimistische Beurteilung in einem Bericht der Leipziger Typographischen Gesellschaft, die, wie der »Korrespondent der Deutschen Buchdrucker« erklärt, wohl durchweg aus tüchtigen Fachleuten besteht. Wir lesen dort: »Wenn das Druckgewerbe jetzt auch notgedrungen auf einen Kräfteersatz bedacht sein muß, so kann man doch aus der jetzigen Art der Ausbildung keinen dauernden Nutzen für das Gewerbe, am allerwenigsten aber Vollarbeiter erwarten. Die Erfahrung hat bereits gelehrt, daß in den Fällen, in denen es sich um die Übernahme der Verantwortung für die geleistete Arbeit handelt, die weibliche Kraft versage, aber auch in mancher andern Beziehung ist die Beschäftigung der weiblichen Kräfte nicht so einfach, wie es den Anschein hat. Kosbare Maschinen vertraut man schon in normalen Zeiten nur geübten männlichen Kräften an, und es kann daher auch kaum daran gedacht werden, etwa weibliche Kräfte mit einer nur mehrwöchigen oder mehrmonatigen Vorbildung an eine Schnellpresse oder Linotype zu stellen, um von ihnen gute Leistungen zu erwarten.« — So steht es natürlich auch in unseren graphischen Berufen. Freilich, für Schmutzkonkurrenten wird die Frauenarbeit auch hier gesucht bleiben, und gerade darin liegt ihre Gefahr.

Aus dem Auslande.

Wegen Mangels an Rohstoffen haben in den letzten Tagen eine ganze Reihe von Fabriken in Schweden ihren Betrieb einschränken oder ganz einstellen müssen. Besonders die schwedische Textilindustrie hat schwer zu leiden. Unter den Fabriken, die in den letzten Tagen geschlossen werden mußten, befindet sich auch die Jutfabrik in Hölisingborg, die ihre 300 Arbeiter entlassen hat.

Die Zaubermeister des Kriegsgewinns.

Vor einiger Zeit las man im Unterhaltungsteil bürgerlicher Blätter eine niedliche Satire über die Schwierigkeit der bilanzmäßigen Unterbringung zu hohen Kriegsgewinns. Ein Unternehmer, der aus allgemeinen Gründen und aus Rücksicht auf die Kriegsgewinnsteuer nicht gern mit 100 Proz. Gewinn abschließen wollte, fragte in der Skizze einen Bilanzfachmann, wie er den Gewinn am besten aus dem Jahresabschluß fortbringen könnte.

»Schreiben Sie doch alles Inventar auf eine Mark ab«, lautete der Rat. »Ist schon längst geschehen«, war die traurig stolze Antwort. »Dann setzen Sie auch die Summe für zweifelhafte Schuldner ab; buchen Sie z. B. alle Auslandsforderungen als zweifelhaft.« — »Ist schon längst geschehen.«

So ging es die Reihe der Ratschläge durch. Aber alle Mittel, die Gewinne zu verstecken, waren schon längst erschöpft; welches neue Mittel schließlich gefunden wurde, war in der Satire nicht erzählt, aber gefunden war eins, denn der Fall schloß damit, daß trotz alledem von dem Kriegs-

gewinn im Jahresabschluß nur ein geringer Teil sichtbar wurde.

Das war, wie gesagt, eine Satire, eine Plauderei, eine Erzählung, die volkswirtschaftliche Beschwerde-Phantasie ausgedacht hatte. Die Wirklichkeit überruft diese Erzählung aber noch bei weitem. Die Öffentlichkeit erfährt darüber gelegentlich die Wahrheit, wenn sich in einem Unternehmen zwei Kriegsgewinn-Parteien streiten. So ist es jetzt in der Daimler Gesellschaft. Die Daimler Gesellschaft hat ihre Dividende für 1915 von 12 auf 28 Proz. erhöht und für 1916 eine weitere Steigerung auf 35 Proz. vorgenommen. Gewisse Aktionärkreise forderten die Auszahlung höherer Dividenden oder vielmehr die geschenksweise Ausgabe neuer Aktien an die Aktienbesitzer, um auf diese Weise das Kapital zu verwässern und höherem Profit ohne Aufsehen auszuholen zu können. Zur Begründung machten sie über die »Blutüberfülle« der Daimler Gesellschaft folgende Mitteilung: Sämtliche Grundstücke, Gebäude, Maschinen und sonstigen Einrichtungen der Gesellschaft stehen nur mit einer Mark zu Buche. Dabei hat allein der Grundbesitz einen Wert von über 8 Millionen Mark. Im letzten Jahre hat man allein auf Grundstücke 3,34 Millionen Mark abgeschrieben, obwohl sie natürlich schon längst nicht mehr mit ihrem vollen Wert zu Buche standen. Die offenen Reserven der Daimler Gesellschaft wurden im letzten Jahr um 2½ Millionen erhöht und der exorbitante Betrag von über einer Million auf neue Rechnung vorgetragen. Für die Kriegsteuer wurden ungeheure Rückstellungen gemacht und auf der Schuldseite verbucht, so daß deren Gesamtbetrag von 9,3 Millionen im Jahre 1914 jetzt auf 26 Millionen gewachsen ist. Zugleich stiegen die Debitoren (Schuldner) der Gesellschaft von 5,5 Millionen im Jahre 1914 auf 34 Millionen in diesem Jahr; der Hauptteil davon sind Bankguthaben der Daimler Werke, die mindestens doppelt so groß sind wie das gesamte Aktienkapital, das 8 Millionen Mark beträgt. Wo sonst noch Gewinne versteckt worden sind, ist uns nicht bekannt. Jedenfalls gelang es, den Reingewinn, der selbst nach Rechnung des Unternehmens 100 Proz. des Aktienkapitals überstieg, auf die auch noch ganz anständige Dividende von 35 Proz. herunterzudrücken. Der Riesengewinn wurde ausschließlich an Staatsaufträgen und Kriegslieferungen erzielt. Stolz verschämt sagte die Leitung des Unternehmens auf der letzten Generalversammlung es entwickle sich zu der »vielleicht blühendsten Gesellschaft Deutschlands«.

Die Daimler Motore haben für die deutsche Kriegführung zweifellos viel geleistet, und selbst ein sehr hoher Gewinn erscheint daher begreiflich. Aber für die staatliche Steuergesetzgebung ergibt sich daraus, daß eine Kriegsgewinn-Steuer von 100 Proz. noch nicht den vierten Teil der Kriegsgewinne wirklich erfaßt. Von über 6 Millionen Mark Reingewinn hat die Daimler Gesellschaft nur 2,8 Millionen Mark Dividende ausgeschüttet. Den großen kriegsliefernden Aktiengesellschaften geht es ähnlich wie dem Zauberlehrling, den die dienstbaren Geister Wasser über Wasser heranschiebten, daß er zu ertrinken drohte. Die Arbeiter, die Not der Frontsoldaten und die im Kriege doppelt große Freigebigkeit der Staatsverwaltung schleppen ihnen Gold über Gold heran — man sollte meinen sie müßten faßt darunter ersticken. Aber es sind Zaubermeister, die selbst die größten Millionen-Summen unterzubringen, auszuteilen oder zu verstecken wissen. Je mehr der Staat ihnen davon wieder abjagen vermag, desto gesünder wird die deutsche Volkswirtschaft nach dem Kriege sein, destoweniger die Gefahr Wirklichkeit werden, daß das deutsche Volk in zwei Schichten von ungeheuer reichen Rentnern und elenden Arbeitssklaven zerfällt.

Das Elend mit dem Obst.

Das wilde Durcheinander in der Frühobstversorgung, das wir heute allenthalben beklagen hören, ist von uns im März d. Js. vorausgesagt worden. Wir haben damals die Reichsverteilungsstelle für Obst und Gemüse gewarnt, den gleichen Weg zu beschreiten wie im Jahre 1916. Da aber in Berlin Ratschläge anscheinend prinzipiell nicht beachtet werden, sehen wir nunmehr das grausame Spiel des Vorjahres noch um einige abscheuliche Striche verbessert. Höchstpreise ohne Beschlagnahme bleiben ein Hammer ohne Stiel. Was sich jetzt in den Städten abspielt, ist geradezu eine Organisation der Unfähigkeit. In die Markthalen kommt kein Obst, trotzdem es draußen vor den Toren in Hülle und Fülle wächst. Ja noch mehr: sogar die Kirschen, die innerhalb der Stadtmauern reifen, gehen weil über dem Höchstpreis an unbekannte Großverkäufer. Tage um Tage stehen sich die Arbeiterfrauen die Stunden ab, immer klingelt es ihnen entgegen: »Nichts mehr da — schon verkauft!«

Auf das Land hinaus fahren nun die Leute, um sich direkt beim Erzeuger einzudecken. Dadurch aber treiben sie die Preise in schwindende Höhen, denn bei diesem Handel ist jede Kontrolle unmöglich. Wahnsinnige Preise zahlen die, die es können, für alle Mengen, die anderen stehen vor den leeren Körben. Es ist ein Jammer, daß all dieser Wirrwarr nur eingetretten ist, weil man nicht den entscheidenden Schritt tut, das Obst zu beschlagnahmen. Wäre

den städtischen Lebensmittelämtern die beschlagnahmte Obsternie zur Verfügung gestellt worden, die sie zur Verteilung an die Kleinämter gebracht hätten, wo durch das Vorbestellsystem jeder seinen Teil nach Maßgabe des Vorhandenen bekommen hätte, dann wäre wenigstens jeder leicht und ohne Mühe in den Besitz eines kleinen Quantum gekommen. Heute sieht nur der mit langen Armen und großer Geldtasche etwas vom Frühobst. Die anderen lesen inzwischen eine amtliche Bekanntmachung, daß sie Obst dörren sollen, »damit nichts umkommt«. Welcher Hohn, wo doch nichts zu erhalten ist.

Wir sind nicht neugierig. Aber wissen möchten wir doch, ob die Berliner Organisatoren auch für das Spätobst das gleiche System für gut halten; weiter: wie viel Enttäuschung und Unmut sich erst noch ansammeln muß, um die Reichsstelle für Obst und Gemüse auf den Weg zu drängen, auf dem jeder zu seinem Rechte kommen muß. *ik.*

Ein sittlicher Mangel!

Ein ungeheuerlicher Fall politischer Justiz wird dem »Berliner Tageblatt« aus Juristenkreisen mitgeteilt. Der minderjährige Arbeiter L. hatte sich durch radikale Agitation unter der Elberfelder Arbeiterjugend hervor getan und sich auch an Teuerungsdemonstrationen beteiligt. Daraufhin leiteten der Oberbürgermeister von Barmen und das dortige Vormundschaftsgericht das Fürsorge-Erziehungsverfahren gegen ihn ein. Das Landgericht lehnte die Verschiebung des jungen L. in Fürsorgeerziehung ab, weil selbst überspannte oder gar gemeinschädliche politische Gesinnung und ihre Betätigung nicht als sittliche Mängel anzusehen seien; außerdem würde die Fürsorgeerziehung in diesem Falle ganz gewiß keinen Erfolg haben, sondern den davon Betroffenen nur umso verberfelter und gesellschaftsfeindlicher machen. Auf Beschwerde hat jetzt das Kammergericht diese vernünftige Entscheidung aufgehoben und zur Begründung erklärt, es sei Sache der verantwortlichen Stellen, dafür zu sorgen, daß auf den Minderjährigen in nationalem Sinne eingewirkt werde. Die Gefahr einer sittlichen Verwahrlosung sei ohne weiteres gegeben, wenn der Minderjährige dem Vaterland entfremdet oder gar feindlich gesinnt werde.

Diese Entscheidung des Kammergerichts, welche nationale Gesinnung durch Fürsorge-Erziehung und Polizeizwang zu erzeugen glaubt, erinnert an die finsternen Zeiten der Polizeiwilkkür. Nichts hindert das Kammergericht beim nächsten Mal zu entscheiden, daß die jugendlichen monarchisch erzogen und ihrem König nicht entfremdet werden dürften. Und eine Weile später wird dann jeder Jugendliche in Zwangs-erziehung geschickt, der an den Massenkampf glaubt und nicht von der Notwendigkeit des Zusammenarbeitens aller Gesellschaftsklassen überzeugt ist. Schließlich wird jeder in die Erziehungsanstalt verbannt, der selbst, oder dessen Vater eine politische Überzeugung hat, die von der der Herren Kammergerichtsrate abweicht.

Praktisch mag es nicht dazu kommen, weil das Urteil wahrscheinlich nur ein Ausfluß der Kriegspychose ist, aber auch als solcher bleibt er tief bedauerlich.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Wer gehört an die Offsetmaschine?

Über dieses eigenartige Thema lasen wir vor längerer Zeit eine größere Diskussion in unserem Schweizer Bruderorgan »Der Senefelder«. Im Bulletin des Schweizerischen Buchdruckmaschinenmeisterverbandes hatte sich ein Buchdrucker vorher mit dieser Frage auseinandergesetzt und selbstverständlich die Folgerung daraus gezogen: »Der Offsetdruck ist nichts anderes als ein weiter entwickeltes Druckverfahren im Buchdruck«. Die Art der Begründung war freilich keineswegs überzeugend, man hatte das Gefühl einer gewaltsamen Beweisführung. Das rief unsere Kollegen auf den Plan, die nun in zwei längeren Abhandlungen die dort angeführten Beweismittel auf ihren wahren Wert zurückzuführen suchten.

Wir wissen, daß ähnliche Gespräche auch in deutschen Kollegenkreisen des großen graphischen Gesamtgewerbes nur zu oft geführt worden sind. Auch die »Graphische Presse« hat in mehreren eingesandten Artikeln ihre Ansicht darüber zum Ausdruck gebracht. Der Krieg brach den Streit ab, ohne ihn in irgend einer Weise der Lösung näher zu bringen. Inzwischen ist die technische Entwicklung nicht stehen geblieben, vielleicht gerade durch den Krieg gefördert worden. Wir möchten daher das wesentlichste der Gründe, die unsere Schweizer Berufskollegen aus beiden Lagern für ihre Anschauung ins Feld führen konnten, unseren Kollegen in kurzen Auszügen zur Kenntnis geben, ehe wir unsere Auffassung über die Frage daran knüpfen.

Der Artikel in dem Bulletin des Schweizerischen Buchdruckmaschinenmeisterverbandes beginnt mit

einer Darstellung des technischen Werdeganges beim lithographischen Druckverfahren und stellt dann dem chemischen Steindruck den durch Gutenberg erfundenen reinen technischen Buchdruck von der Einzeldrucktype gegenüber. Falsch ist seine Darstellung zweifellos dort, wo er den Holzschnitt, den Stahl- und Kupferstich und schließlich die Chemigraphie und den Tiefdruck als technische Vollkommungen des Buchdrucks hinstellt. Doch lassen wir ihn lieber selber zu Worte kommen:

» — Als Zweigabteilung der entwickelten Kunst Gutenbergs, den Holzschnitten, kamen die Kupfer- und Stahlstiche, mit diesen der Gedanke, die Farbe beim Druck aus den tiefen des Schnittes oder Stiches herauszuholen, um den Tiefen, den Schatten möglichst viel Farbe aufzutragen und so möglichst kräftige und doch reine Bilder herzustellen. Es entstand der Tiefdruck als Nebenzeug. Der Fortschritt der Chemie ermöglichte später eine weitere Entwicklung. Weil gute Holzschnitte ziemlich teuer zu stehen kommen, so suchte man sich Produkte der Chemie zunutze zu machen. Und wirklich, es gelang! An Stelle des Holzschneiders trat vielfach der Chemigraph oder Ätzer; es kam die Zeit der Autotypie. Zuerst grobrastige, später immer feinere.

Ganz gleich bei dem Nebenzeug Tiefdruck. Es kam die Heliogravüre. Das Herstellungsverfahren ist ganz ähnlich demjenigen der Autotypen.

Schon längst hatte man sich die bunten Farben zunutze gemacht. Ein- und mehrfarbige Anfangsbuchstaben und Insignien, Tonplatten, Verzierungen, ein- und sogar mehrfarbige Bilder. Die Autotypen brachten noch eine weitere Entwicklung, den Drei- und Vierfarbendruck.

Gleichen Schritt mit der Entwicklung des Herstellungsverfahrens des Druckmaterials, hielt die Entwicklung des Druckverfahrens. Von der Handpresse zur Schnellpresse, Doppelschnellpresse, Zweifarbenmaschine, Rotationschnellpresse, Zwillingsrotationschnellpresse, Illustrationsdruckschnellpresse, Tiefdruckschnellpresse und Offsetdruck. Der Offsetdruck ist nichts anderes als ein weiter entwickeltes Druckverfahren im Buchdruck. Das Herstellungsverfahren ist eine logische Entwicklung des Autotypie- und Heliogravürverfahrens. Von einer Anlehnung an die eigentliche Kunst Senefelders, den Stein- und Blechdruck und dessen Erstellungsverfahren, findet man keine Spur. Das ist der Aufbau des stolzen Gebäudes der Graphik nach seiner logischen Entwicklung und Folgerung.

Aus der Entgegnung in unserer schweizerischen Bruderzeitung »Der Senefelder« entnehmen wir folgendes:

»Demgegenüber stellen wir fest: der Offsetdruck ist ein Flachdruckverfahren und als solches ein legitimer Sproßling der Senefelderschen »chemischen Druckerei« oder des Steindrucks. Der Offsetdruck bedient sich des Zinkblechs als Druckträger; dieses Verfahren steht seit Jahren ausschließlich im Steindruck in Gebrauch, und zwar in einer der Verwendung des Steines analogen Weise. Der Offsetdruck verwendet das Gummituch für die Übertragung des Bildes von der Zinkplatte auf das Papier. Auch dieses indirekte Drucken kennen wir beim Steindruck seit langen Jahren; der Druck auf Blech (Dosen, Plakate usw.) ist einzig mittelst des Gummituches möglich. Neu ist nur, und das bleibt drucktechnisch und wirtschaftlich wichtig genug, daß diese im Steindruck seit langen gebräuchlichen Druckarten (Zinkdruck und indirekter Druck) in wohlgedachter Form für den Bau einer Rotationsmaschine Verwendung gefunden haben. So ist der Steindruck auf legalem Wege, ohne Anlehnung an den Buchdruck, zu einer Maschine mit gesteigerter Druckleistung und großer Anpassungsfähigkeit für den Druck rauher und harter Papiere gelangt. Keines der den Offsetdruck bedingenden Prinzipien hat mit der Erfindung Gutenbergs etwas gemeinsam. Denn die Rotationsmaschine als solche verdanken wir der Intelligenz der Maschineningenieure und nicht berechtigt uns zu der Annahme, unsere Altmeister Gutenberg und Senefelder hätten als ehrsame Kunsthandwerker je einmal daran gedacht, in späteren Zeiten würden solche rasende Ungeheuer wie Rotations- und Setzmaschinen den Ruhm ihrer Erfindungen verkünden helfen.«

Vorher wendet er sich noch gegen die Darstellung, als sei Holzschnitt, Kupferdruck usw. nur vervollkommneter Buchdruck: »Den Kupfer- und Stahlstich als Zweck des Buchdrucks in Anspruch zu nehmen, ist wohl ebenso neu als unhalbar. Holzschnitt, Kupfer- und Stahlstich sind selbstständige Kunstausübungen von Anfang an gewesen, haben aber erst durch die Erfindung der Druckpresse die ihnen inne wohnende Bedeutung zu erlangen vermocht. Der Holzschnitt ist dabei als Hochdruckverfahren aufs engste mit dem Buchdruck verknüpft geblieben, während Kupfer- und Stahlstich als besonderes Tiefdruckverfahren bis zur heutigen Stunde eigene Wege wandeln.«

Soweit der Meinungsaustausch unserer schweizerischen Berufsgenossen. Wo liegt hier die richtige Entscheidung? So wie hier die Frage gestellt worden ist, dürfte uns die Antwort nicht schwer fallen. Zweifellos hat für jeden Unbefangenen die zweite Entgegnung die technisch richtigere Auffassung für sich, ähnliche Schlussfolgerungen sind auch früher in der »Graphischen Presse« in dieser

Sache erfolgt. Doch noch in der letzten Friedensnummer der »Graphischen Presse« vom 31. Juli 1914 hat unser z. Zt. im Felde befindliche Kollege Beyer, Frankfurt, den Weg gezeigt, wie man zu einer Lösung der Streitfrage kommen könne, ohne daß die Kollegen der verschiedenen Branchen sich deswegen so wenig kollegial zu befehlen brauchten. Dieser sagte damals: »Ich meine, es hat gar keinen Sinn, wenn sich Arbeiter in den Haaren liegen zu ihrem Schaden und zur Freude und zum Nutzen ihrer Unterdrücker, die ganz gern einmal irgend einen Zankapfel in die Reihen der Arbeiter werfen nach dem Prinzip: Teile und herrsche. Nur eine Verständigung zwischen den einzelnen Verbänden kann hier Ersprießliches schaffen.«

Die Auffassung des Kollegen Beyer scheint uns das Problem zu vertiefen, scheint uns weitblickender zu sein. Wir werden allerdings um die Austragung dieser Differenzen nicht herumkommen. Es sind ja dabei nicht nur Grenzstreitigkeiten der Arbeit sondern auch der Organisationszugehörigkeit zu entscheiden. Solche Grenzstreitigkeiten können wir nicht vermeiden. Der Stein-drucker, der für die Erhaltung seines Arbeitsgebietes eintritt, kämpft letzten Endes um seine Existenz; und schließlich ist seine Berufsorganisation verpflichtet ihn dabei zu stützen, dazu hat er sich ihr ja angeschlossen. Solche Grenzstreitigkeiten sind in der Arbeiterbewegung häufig genug ausgelagert worden und auch in unserem Falle wird es Mittel und Wege geben sie ohne Bitterkeit und ohne Leidenschaft zu erledigen; nicht auf Grund des Faustrechts, Macht gegen Macht, sondern ohne Annexionen rein auf dem Wege des Verständigungs-friedens.

Doch die Sache hat noch eine andere Bedeutung. So sehr diese Streitfrage die beiden Schwagergruppen der graphischen Industrie gegen- und auseinander treibt, bei leidenschaftsloser tiefer Überlegung müßte gerade sie uns enger als je zuvor zusammen führen. Die Erkenntnis scheint uns mindestens ebenso wichtig, wie außerordentlich die technische Entwicklung die Grenzen der einst so grundverschiedenen Reproduktionsverfahren verwischt hat. Es ist doch so, daß häufig kaum der Fachmann durch diese Dinge sich sicher hindurchfindet. Wollen wir als sozialistisch gesdulte Arbeiter dort Grenzen künstlich aufrechterhalten, wo die Technik sie ganz systematisch zu zerstören trachtet?

Wir bauen unsere gewerkschaftliche Arbeit auf wirtschaftliche Tatsachen auf, wollen wir nicht endlich, endlich aus diesen technischen und wirtschaftlichen Entwicklungs-tatsachen die Nutzenanwendung ziehen? Das Tempo der technischen Entwicklung ist fieberhaft schnell gegen frühere Zeiten geworden. Dem müssen wir uns beugen, dem müssen wir unsere wirtschaftlichen Anschauungen anpassen.

Einen Maßstab, in welcher Richtung wir unsere gewerkschaftliche Arbeit zu führen haben, bietet uns die Betriebszusammensetzung in dem graphischen Gewerbe. Unsere letzte große Verbandsstatistik vom Jahre 1913 gibt uns 59,4 Prozent aller Betriebe als gemischte Betriebe an, d. h. als Betriebe in denen verschiedene Branchen nebeneinander arbeiten. Immer weiter geht dieses Ineinandergreifen der verschiedensten Arbeitsgebiete, immer mehr verwischen sich die früheren harten bestimmten Grenzen. Und wir, die wir gezwungen sind, in diesem Industriegebiet zu arbeiten, die wir darin hin und her geschoben werden, je nach Bedürfnis, wir wollten uns eifersüchtig als Feinde betrachten?

Gibt es einen solchen Streit im Unternehmerlager? Nein! Für sie haben die ehemaligen Grenzen nur noch eine ganz untergeordnete Bedeutung. Ja sie haben sogar organisatorisch die einzig richtige Konsequenz aus dieser Entwicklung gezogen. Mit einem gewissen Stolz dürfen die Unternehmer, die 26 Organisationen des gesamten graphischen Gewerbes zusammengeschlossen haben, sagen: Für uns ist der Industrieverband bereits fertig!

Und die Arbeiter, die einst auf ihre vorbildlichen, modernen Organisationen so stolz waren, die sich als die Kulturträger der Menschheit betrachteten, wo bleiben sie? Vielleicht dürfen wir aber zum Schluß ganz bescheiden auch noch die Frage stellen: Wer hat Schuld, daß wir uns in der Nutzenanwendung der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung beschämen lassen mußten?

Wie sagte doch der Dichter Heinrich Heine? »Ein Narr wartet auf Antwort!«

Adressen-Änderungen.

2. Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskunftsleiter (siehe Graphische Presse Nr. 23).

Zur Beachtung! Jede Adressenänderung ist sofort an den Hauptvorstand, Adresse: Otto Sillier, Berlin N. 24, Elsaßstraße 86-88, III zu berichten.

Bremen: Vorsitzender: Heinrich Enggelking, Walderseerstr. 15.
Kassierer: Carl Meyer, Hermannstr. 92.

Fürth i. B.: Konrad Hirsch, Holzstr. 21, III.

Nürnberg: Vorsitzender Billmann wohnt jetzt: Gibitzenhofstr. 16 a, I.

Stuttgart i. E. Kassierer: Max Richter, Friedrichstraße 20.

Jahres-Kassenbericht für 1916.

Am Anfang des Jahres 1916 zählte unser Verband 6353 Mitglieder. Eingetreten sind im Laufe des Jahres 301 mit und 406 ohne Eintrittsgeld, vom Militär zurück sind 580 und zugereist 640 Mitglieder.

Der Abgang verteilt sich wie folgt: freiwillig ausgetreten sind 86, ausgeschlossen wegen Beitragsresten usw. 412, zeitweilig abgemeldet 1554, gestorben 75 und abgereist sind 721 Mitglieder.

Am Schlusse des Jahres waren demnach 5532 Mitglieder zu verzeichnen, wovon 5009 als Vollmitglieder einen Beitrag von 1,30 Mk. zahlen, 379 zahlen 1,— Mk., 70 zahlen gemäß § 10 Absatz 2 b wöchentlich 80 Pfg., der Krankenkasse allein mit einem Beitrag von 45 Pfg. gehören 33 Mitglieder an, während 29 einen wöchentlichen Beitrag von 40 Pfg. für Invalidenkasse und reserviertes Sterbegeld zahlen. Ferner befinden sich im obigen Mitgliederbestand 12 weibliche Mitglieder mit einem Beitrag von 60 Pfg. wöchentlich.

Mitglieder der Lehrlingsabteilung waren am Beginn des Jahres 1298 vorhanden. Dem Zugang von 517 steht ein Abgang von 719 gegenüber, so daß am Schlusse des Jahres 1096 Lehrlingsmitglieder zu verzeichnen waren. Unter dem Abgang befinden sich 340, welche ausgelernt haben und in den Verband übergetreten sind und ein großer Teil ist zum Militär eingezogen.

Zu den 310 Invaliden, welche am Anfang des Jahres vorhanden waren, sind 25 hinzugekommen; verstorben sind 25, wieder arbeitsfähig sind 6 geworden, so daß am Schlusse des Jahres 304 Invaliden vorhanden waren.

Der Bestand der Witwen betrug 391. Hinzugekommen sind 32, verstorben sind 18 und 5 haben sich wieder verheiratet. Am Schlusse des Jahres waren demnach 400 Witwen vorhanden.

Arbeitslos waren am Ende des Jahres 45 und krank 101 Mitglieder. Neue Erkrankungen entstanden im Jahre 1017. Vom Beitrag befreit waren während des Jahres insgesamt 3666 Mitglieder mit 20958 Wochen; und zwar wegen Arbeitslosigkeit 2272 Mitglieder mit 13834 Wochen und wegen Krankheit 1394 Mitglieder mit 7124 Wochen.

Der Bestand der Mitgliedschaften, welche am Schlusse des Jahres noch mit der Hauptkasse abrechneten, betrug 127. Die Mitgliedschaften Burgstädt, Kolmar, Eilenburg, Emmerich, Freiburg i. B., Freiburg i. Sch., M.-Gladbach und Waldkirch haben sich im Laufe des Jahres aufgelöst, da fast sämtliche Mitglieder zum Kriegsdienst eingezogen wurden.

Die Einnahmen im Jahre 1916 betragen 349687,84 Mk. (gegen 370293,76 Mk. für das Jahr 1915), darunter sonstige Einnahmen in der Hauptkasse 15177,73 Mk. und zwar 13195,67 Mk. für Zinsen, 665,49 Mk. für Inserate und Abonnements der »Graph. Presse« und Sonstiges 1316,57 Mk.

Die Ausgaben betragen 242223,82 Mk. (gegen 242053,27 Mk. im Jahre 1915) darunter für sonstige Ausgaben in der Hauptkasse 14883,75 Mk., welche weiter unten spezialisiert sind. Auch die sächlichen Verwaltungskosten, sowie die Ausgaben für die Zentralkommissionen usw. sind unten näher angeführt. Die persönlichen Verwaltungskosten bestehen

in Gehältern der Angestellten und Hilfsarbeiter im Hauptvorstand, sowie der Orts- und Gauangestellten, für Entschädigungen und Sitzungen des Hauptvorstandes, des Zentralaussschusses und der Revisoren. Unter den sonstigen Ausgaben in den Mitgliedschaften von 5934,25 Mk. befinden sich für Kartellbeiträge 4434,49 Mk., Agitation 546,67 Mk., für die Lehrlingsabteilung 334,82 Mk., für Bildungszwecke 256,79 Mk., und für Sonstiges 361,48 Mk.

Für Arbeitslosenunterstützung wurden in diesem Jahr 19000,66 Mk. (gegen 52456,17 Mk. im Jahre 1915), für Krankenunterstützung 34823,14 Mk. (gegen 28613,15 Mk. im Jahre 1915) ausgegeben.

Der Überschuß im Jahre 1916 beträgt 107464,02 Mk., (gegen 128240,49 Mk. im Jahre 1915).

Der Kassenbestand (inkl. Bestand in den Mitgliedschaften, von 26716,75 Mk., welcher als Vorschuß zurückbehalten ist), betrug am Schlusse des Jahres 398373,88 Mk.

Die Erledigung der Geschäfte des Hauptvorstandes mit den Ortsvorständen, Einzelmitgliedern usw. brachte einen Eingang von 11593 diversen Postsendungen und erforderte die Abfertigung von 14028 Briefen, Karten, Drucksachen und Paketen. Außerdem waren in diesem Jahr 289 Geldsendungen nötig, welche als Verschuß an die Mitgliedschaften usw. durch die Post und unsere Bank übermittelt wurden.

Der Hauptvorstand.

Übersicht über die Gesamt-Einnahmen und Gesamt-Ausgaben im Jahre 1916. (2. Januar bis 30. Dezember 1916.)

Einnahmen:			Ausgaben:		
	Mk.	Pf.		Mk.	Pf.
Für Eintrittsgelder	385	70	Für Lohnbewegungen	350	—
„ Wochenbeiträge von Vollmitgliedern	303895	80	„ Rechtsschutz	418	58
„ „ „ Halbmitgliedern	23230	—	„ Umzugskosten	3574	11
„ „ „ Lehrlingen	5673	40	„ Reiseunterstützung	1996	09
„ Strafgehalte und Portoersatz	5	65	„ Arbeitslosenunterstützung	19000	66
„ sonstige Einnahmen in den Mitgliedschaften	1319	56	„ Krankenunterstützung	33555	89
„ „ „ „ der Hauptkasse	15177	73	„ „ für Lehrlinge	1267	25
			„ Invalidenunterstützung	25694	40
			„ Witwenunterstützung	17682	67
			„ Sterbegelder für Mitglieder	3725	—
			„ „ Mitglieder-Frauen	875	—
			„ „ Lehrlinge	112	50
			„ Verwaltungskosten in den Mitgliedschaften	26535	10
			„ Honorar in den Mitgliedschaften (3 Proz. der Beiträge)	8325	98
			„ sonstige Ausgaben in den Mitgliedschaften	5934	25
			„ die Gau- und Zentralkommissionen	4531	91
			„ Verwaltungskosten in der Hauptkasse a. persönliche	29396	50
			„ „ b. sächliche	18755	58
			„ sonstige Ausgaben in der Hauptkasse	14883	75
			„ die Graph. Presse und Graph. Jugend	17618	48
			„ die Lehrlingsabteilung	426	80
			„ Agitation	249	35
			„ Konferenzen	1698	90
			„ Gaubeiträge, 1 Proz. der Vollbeiträge v. 3. Quartal 1916	781	29
			„ Beiträge an die Generalkommission	899	10
			„ „ an den intern. Bund für 1915 und 1916	3934	80
			Summa:	242223	82
			Kassenbestand am Schluß des 4. Quart. 1916 in den Mitgliedschaften	26716	75
			„ „ „ „ „ 4. „ „ „ der Hauptkasse	371657	13
			Summa:	640597	70

* Gau- und Zentralkommissionen:

	Mk.	Pf.
Für Gauzuschüsse	571	30
„ die Zentral-Komm. der Steindruckerei	13	—
„ „ „ Lithographen	11	—
„ den Arbeitsnachweis u. Zentralkomm. der Chemigraphen	477	68
„ das Tarifamt der Chemigraphen	3000	—
„ den Arbeitsnachweis u. Zentralkomm. der Lichtdrucker	240	96
„ die Zentral-Komm. der Kupferdrucker	6	—
„ „ „ Photographen	4	65
„ die Preßkommission	2	20
„ die Technische Zentrale	205	—
Summa:	4531	79

** Sächliche Verwaltungskosten:

	Mk.	Pf.
Für Büromiete, Reinigung, Fernspr. usw.	4109	25
„ Drucksachen	6193	95
„ Buchbinderarbeiten	497	85
„ Broschüren	373	09
„ Ausgaben Zentralaussschub	12	82
„ Versicherungsbeiträge	4610	63
„ Porto	2061	82
„ sonstiges Material	896	17
Summa:	18755	58

*** Sonstige Ausgaben in der Hauptkasse:

	Mk.	Pf.
Für Pension des Kollegen Dietrich	1000	—
„ gezahlte Zinsen	13490	—
„ Beitrag gegen Plakat- u. Reklameverbot	50	—
„ die Jubiläumsadresse des Koll. Sillier	393	75
Summa:	14883	57

Wilh. Brall, Hauptkassierer.

Die Hauptkassen-Revisoren:

Für den Hauptvorstand:
Otto Sillier. Paul Lange.

Paul Magel, Treptow bei Berlin, Baumschulenstraße 67.
Rich. Arndt. Rich. Dinger.